

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Moratlich 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adiestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Das englische Vorspiel

F. K. In England stehen seit dem 4. Mai die meisten Arbeiter still. Die Stilllegung ist ein prächtiger Beweis für die Organisation und das Gemeinschaftsgefühl der englischen Gewerkschaften. Eine solche Promptheit in der Entfaltung der proletarischen Macht hat die Welt noch nicht gesehen. Zuerst stoppten die Bergleute, gleich drauf die Eisenbahner, Seecolite und Druckereiarbeiter, dann folgten die Metallarbeiter und die Straßenbahner, alles in allem drei Millionen Mann. Die Zigarlarbeiter und Teile von andern Gewerben, wie die elektrische Kraftversorgung, etwa 3 1/2 Millionen Leute, arbeiten vorberhand weiter, aber auch sie halten sich bereit, auf den ersten Anruf die Werkstätten zu verlassen. Der Verkehr mit der Außenwelt hat aufgehört. In Hunderten liegen Schiffe wie festgeblickt in den Häfen, und die nach England bestimmten Dampfer ändern ihren Kurs, um dort nicht angeleitet zu werden. In allen Erdteilen machen die Bergleute, Transportarbeiter und Seecolite darüber, daß die britische Schifffahrt nicht mit Kohlen, Mannschaften und Fracht versorgt wird. Und die andern Berufsgruppen der gewerkschaftlichen Weltgemeinschaft stehen zur Unterstützung der englischen Kampfgenossenschaft bereit. England, der Mittelpunkt des Welthandels, ist von der Welt abgeschnitten. Wer mit ihm verkehren will, kann es nur noch auf dem Luftwege tun.

Als wir vor acht Tagen in diesen Spalten den sozialen Konflikt in England behandelten, glaubten wir, obwohl es knapp vor zwölf war, doch noch an eine friedliche Beilegung. Wir meinten, daß eine Regierung wie die englische, die, was Weisheit und Klugheit anbelangt, doch über dem Durchschnitt steht, Möglichkeiten haben werde, den Ausbruch zu umgehen. Und wir meinten, daß sie alle ihre politischen und finanziellen Machtmittel einsetze, um einen Kampf zu verhindern, der, wie immer sein Ende, sich höchst gefährlich für den Staat und die Weltgemeinschaft auswirken muß, die die Regierung vertritt. Denn ob die Arbeiter siegen oder das Unternehmertum, der Industrie und dem Handel Britanniens wird ein herber Schlag verfehl, der es noch weiter zuzuschlagen muß im Reigen der Wirtschaftsmächte. Der Stillstand des gesamten Wirtschaftsgetriebes verursacht einen erheblichen höheren Verlust, als es eine weitere Selbsthilfe für den Bergbau bedeuten würde. Am Ende werden gerade die Volksschichten mit zu den großen Leidtragenden zählen, deren geschäftliches Wohl einer konservativen Regierung besonders am Herzen liegt. Darum glaubten wir, daß die Regierung im Notfall wiederum finanzielle Opfer für den Bergbau nicht scheuen werde, um den ebenso kostspieligen wie gefährlichswangeren Kampf zu umgehen. Wenn es dennoch zum offenen Konflikt gekommen ist, so mag das als Beweis dafür gelten, daß die Regierung am Ende ihres Lateins war oder mit den Scharfmachern im politischen und Unternehmertum glaubt, die Arbeiterklasse durch einen Überlaß müde zu machen.

Die Bedeutung dieses Kampfes zwischen Kapital und Arbeit geht weit über die Grenzen des Vereinigten Königreichs hinaus. Und dies nicht bloß in seiner Auswirkung, sondern auch in seiner Ursache wie seinem Ziele. Wer daran zweifelt, wird durch einen Blick in die internationale Presse eines andern belehrt. Die Unternehmer aller Länder verfolgen den gewaltigen Streit mit Argusaugen; sie wissen, daß jetzt auf englischem Boden auch um ihre heimische Sache mit gerungen, daß sie mit entschieden wird. Noch inniger als die Anteilnahme der Unternehmerschaft sollte die Anteilnahme der internationalen Arbeiterklasse sein. Denn der Kampf in England ist im Grunde nichts als das Vorspiel des Ringens, das der Arbeiterklasse eines jeden Staates, besonders der des europäischen Festlandes, bevorsteht. Um dies zu erklären, genügen wenige Sätze.

Die Kapitalistenklasse vermag die jetzige Wirtschaftskrise nicht zu lösen. Die Lösung wird von ihr mit unzulänglichen, ja schädlichen Mitteln versucht. In jedem Lande wird vornehmlich mit Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung dem Übel zu steuern getrachtet. Aber dadurch wird die Kaufkraft der Masse noch mehr geschwächt, die Produktionskraft der arbeitenden Schichten noch weiter geschädigt. Wie wahr das ist, sehen wir an dem sinkenden, jedenfalls ungenügenden Absatz, dem geringeren Beschäftigungsgrad, der beispiellos großen Arbeitslosigkeit, kurz an der Verschärfung der Krise. Und hierzu kommt der sozusagen natürliche Rückgang des Bedarfs bestimmter Erzeugnisse, wie der Kohle und andern. Die amerikanische Industrie nun, die eine entgegengesetzte, vom kapitalistischen Standpunkt aus sicherlich klügere Politik verfolgt und darum viel wettbewerbsfähiger als die europäische ist, macht dem europäischen Unternehmertum keine allen Abzugsgebiete mit unlegbarem Schuß freit. Eine europäische Unternehmerschaft nach der andern sieht sich in ihrem Geschäft schwer bedrängt und sucht sich in seiner rücksichtslosen Überleben, ganz unzulänglicher Art des ununterbrechlichen Wettbewerbers zu erwehren, nämlich mit Lohnkürzungen und schärferer Ausbeutung der Arbeiter, wodurch, wie alle Erfahrung lehrt, die Not nur noch weiter verschlimmert wird. So war und ist es im Bergbau, auch in der Maschinenindustrie, dem Verkehrswesen und anderen Gewerben Englands. Die englischen Bergleute aber sind nicht mehr gewillt, einer beschränkten und selbstthätigen Unternehmerschaft willen den Duggerriemen noch enger zu schnallen oder noch länger in der Hölle des Schachtes zu frönen. Sie fordern der Größe des Übels entsprechende Maßnahmen, um zu einer dauernden Befestigung der Krise zu kommen. Und die Arbeiter der andern Großindustrien Englands schließen sich dieser Forderung an, weil sie wissen, daß von der Entscheidung der Streitfrage im Bergbau auch ihr Wohl und Wohlbefinden in hohem Maße mitbestimmt wird.

Wie im englischen Bergbau, so ist es oder wird es bald in den Großindustrien anderer europäischer Länder sein. Nirgend kann, um nur eines der Übel zu nennen, die außergewöhnlich starke Arbeitslosigkeit noch lange ertragen werden. Zu ihrer Befestigung müssen in jedem Lande ohne Zeitverlust tatsächlich wirkende Maßnahmen getroffen werden. Unter diesen stehen eine fühlbare Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung obenan, denen die Überführung bestimmter Gewerbegebiete in Gemeinwirtschaft zu folgen hat. Daß sich gegen diese Unerschöpflichkeiten eine jede Unternehmungskategorie, genau wie die englische, mit Klauen und Zähnen wehren wird, bedarf keines Beweises. Aber kurz oder lang wird die Arbeiterklasse eines jeden Landes so wie jetzt die englischen Bergleute vor der gleichen Entscheidung stehen: entweder weitere Arbeitslosigkeit, längere Fron und größere Entbehrung — oder Verkürzung der Arbeitszeit, höherer Lohn und auskömmliche Verdienstmöglichkeit für die Erwerbslosen. Daß diese Streitfrage ohne die Umwandlung des privatkapitalistischen Eigentums in gemeinwirtschaftliches nicht zufriedenstellend gelöst werden kann, ist selbstverständlich. Für die Entscheidung, selbst für die teilweise, reichen die Kräfte einer Industriegruppe allein nicht aus, dafür muß die Kraft der ganzen Arbeiterklasse eingezogen werden. Das sind die englischen Bergleute verschiedentlich durch bittere Erfahrung gemahnt worden, dessen sind jetzt auch die andern Tradeunions überzeugt. Darum steht heute die gesamte organisierte Arbeiterklasse Englands mit den Bergleuten in einer Reihe. Und die tätige Anteilnahme der Arbeiter aller andern Länder darf nicht das geringste zu wünschen übrig lassen. Denn unendlich viel hängt auch für ihr künftiges Wohl und Wehe von dem Ausgang des gewaltigen Ringens auf englischem Boden ab. Es ist das Vorspiel, das höchst bedeutsame Vorgeschicht der Kämpfe, die die Arbeiterklasse der andern Länder allernächstens zu bestehen haben wird.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Millionen englischer Arbeiter stehen im Streik. Der Kampf geht um ihren Lebenshaltungskanard. Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung sollen die englischen Bergarbeiter hinnehmen. Das ist das von den Unternehmern und der Regierung verfolgte Ziel. Der gegen die Arbeiter gerichtete Anschlag muß zurückgewiesen werden. Das ist für die Arbeiterklasse aller Länder von höchster Bedeutung. Der Kampf der englischen Kampfgenossen ist auch der unfreie. Internationale Solidarität in weitgehendem Sinne ist dringend geboten. Davon ausgehend hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund am 7. Mai einmütig beschlossen, in allen Orten Deutschlands für die im Kampf stehenden englischen Arbeiter sofort Sammlungen einzuleiten.

Pflicht aller Verbandsmitglieder ist es, für diese einheitlich durchzuführenden Sammlungen überall einzutreten und ihr Bestes zu tun, um den Sammlungen den größtmöglichen Erfolg zu sichern. Führt in allen Betrieben und Werkstätten Sammlungen sofort und allgemein durch. Obwohl unsere Mitglieder von der Wirtschaftskrise selbst hart betroffen sind, so muß doch jeder nach seinem Können zur Unterstützung der im Kampf stehenden Kampfgenossen Englands beitragen.

Hoch die internationale Solidarität!
Der Vorstand des DMB.

Kommen bessere Zeiten?

Seit Anfang März war in der bürgerlichen Presse mehrfach zu lesen, daß „der Tiefstand der Krise jetzt überwunden“ sei. Mit schier hörbarem Aufatmen berichteten die Blätter von einer „wenn auch vorläufig noch langsamen“ Abnahme der Arbeitslosigkeit. „Wie zu erwarten war“, schrieb zum Beispiel in den letzten Tagen des April der Berliner Börsen-Courier, „hat die Konjunkturbesserung im Frühjahr eine, wenn auch geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit schon im März mit sich gebracht.“ Und triumphierend wird dann erzählt, die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger habe bei den Männern in der ersten Märzhälfte um 2,7 vH, in der zweiten abermals um 4,6 vH abgenommen. Allerdings fällt alsbald ein Tropfen Verneinung in diesen Freudenbecher: „Bei den Frauen ergab sich zwar immer noch ein leichtes Ansteigen in den Zahlen der Unterstützten“, aber das habe sich verlangsamt; in der ersten Märzhälfte stieg die Zahl um 2,9 vH, in der zweiten nur noch um 1,2 vH. Insgesamt für beide Geschlechter kommt eine Besserung um 1,9 vH in der ersten und um 3,7 vH in der zweiten Märzhälfte heraus. In der Zeit vom 1. bis 15. April ist dann die Gesamtzahl abermals um 3 vH zurückgegangen.

Man sieht, es sind winzige Brocken, mit denen die Freude des Bourgeois vorles nehmen muß. Knapp 4 vH und dann 3 vH Abnahme — was will das bejagen gegenüber der Tatsache, daß in dem einen Monat von Dezember bis Januar die Zahl der Unterstützungsempfänger um volle 123 vH, und von da bis zum 15. Februar weiter um abermals 37 vH gestiegen ist! Überdies kann man ja nie wissen, in welchem Umfange die Abnahme der Zahl dem Umstand geschuldet ist, daß über eine gewisse Zeit hinaus niemand Unterstützung bekommt und daß die Unterstützten auf ihre „Bedürftigkeit“ hin geiebt werden.

Trotzdem soll nicht bestritten werden, daß im März und April eine gewisse Abnahme der Zahl der Arbeitslosen eingetreten ist, die mindestens zum Teil einer besseren Beschäftigung in manchen Erwerbszweigen verdankt wird. Die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger hatte am 15. Februar ihren Höhepunkt erreicht und seitdem ist sie kleiner geworden. Sie betrug:

am 1. Dezember 1925 . . . 873800	am 1. März 1926 . . . 8065000
• 1. Januar 1926 . . . 1498700	• 1. April 1926 . . . 1942600
• 15. Februar 1926 . . . 2089000	• 15. . . 1926 . . . 1884000

In Übereinstimmung damit ist auch in den Gewerkschaften die Zahl der arbeitslosen Mitglieder gesunken. Die Zählung der Gewerkschaften umfaßte 3,1 bis 3,8 Millionen Mitglieder. Davon waren:

	Arbeitslos	Kurzarbeiter
im Dezember 1925	19,4 vH	19,1 vH
• Januar 1926	22,6 . . .	22,6 . . .
• Februar 1926	22	21,5 . . .
• März 1926	21,1 . . .	21,9 . . .

Es wäre verkehrt, gegen die Tatsache dieser, wenn auch noch so geringen Besserung die Augen zu verschließen. Aber ebenso verkehrt ist es, daraus eine allgemeine und dauernde Besserung der Geschäftslage zu folgern. Ein gut bürgerliches Blatt, der in Hamburg erscheinende Wirtschaftsdienst, hat am 30. April nachgewiesen, daß die Zunahme der Beschäftigung lediglich den vorübergehenden Einflüssen der Frühjahrssaison entspringt. Sie ist vornehmlich auch nur in denjenigen Gewerben eingetreten, die sich naturgemäß im Frühjahr zu beleben pflegen, Belleidung, Schuhmacherei, Baugewerbe, Holzindustrie usw. Dagegen, ist zum Beispiel im Deutschen Metallarbeiter-Verband die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter von 61,6 vH im Januar und 61,2 vH im Februar auf 60,3 vH im März gestiegen. Schaltet man die Saisoneinflüsse aus, so entpuppt sich — nach den Berechnungen des Hamburger Blattes — ein ununterbrochener Steigen der Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden. Sie sah dann so aus:

Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
7 vH	12,4 vH	15,4 vH	16,4 vH	17,9 vH	22 vH

Das Gerede der bürgerlichen Tagespresse von der Besserung der Lage wird so von der bürgerlichen Wissenschaft selbst als Übertreibung und Schönfärberei entlarvt.

Aber freilich, was heißt Besserung der Lage? Es ist durchaus nicht dasselbe, ob man eine Besserung für die Arbeiter oder eine Besserung für das Kapital im Auge hat. Aus derselben Tabelle des Wirtschaftsdienstes, der die vorstehenden Zahlen entstammen, geht hervor, daß die fortwährende Abnahme der Beschäftigung von Arbeitern Hand in Hand geht mit einer Zunahme des allgemeinen Gangs der Geschäfte! Hier ein paar Beispiele.

Die Aktienausgabe (das heißt die Aufnahme neuen Kapitals für Aktiengesellschaften) stieg von 5 Millionen Mark im Januar auf 18,6 Millionen im Februar und 27,3 Millionen im März. Die ausgeliehenen Gelder von 10 Großbanken, ebenfalls Kapitalzuschüsse an die Industrie, betragen 3015 Millionen Mark im Dezember, 3125 Millionen im Februar. (Sie werden nur alle zwei Monate veröffentlicht.) Die Produktion von Eisen und Stahl belief sich im Januar auf 935 000 Tonnen, im Februar auf 939 000 Tonnen, im März auf 1 076 000 Tonnen. Die Anzahl der neu eröffneten Konten und Geschäftsaussichten sank von 3645 im Januar auf 3571 im Februar und 3362 im März. Die tägliche Wagengestellung der Eisenbahn stieg von 101 800 im Januar auf 108 200 im Februar und 112 400 im März. Gerade vom Januar zum Februar, während die Arbeitslosigkeit noch so stark wuchs, wurden immer mehr Eisenbahnwagen zur Verladung von Gütern gebraucht!

Wie erklärt sich wohl dieser auf den ersten Blick ganz unvereinbar scheinende Widerspruch, daß in einer Zeit, wo die Geschäfte, vielleicht noch nicht gut, aber jedenfalls besser zu gehen beginnen, die Arbeitslosigkeit unentwegt wächst? Die Erklärung findet man mit einer erschöpfenden Klarheit ausgeprochen in dem Bericht des Landesamts der Rheinprovinz für die 3. Aprilwoche, woraus folgende Sätze hier wiedergegeben seien:

In den Arbeitsmarkterichten muß immer wieder auf einen Widerspruch zwischen der Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes . . . hingewiesen werden . . . Auch gegenwärtig „widersprechen“ sich die Berichte der Wirtschaftspolitiker und der Arbeitsmarktpolitiker. Während dieser immer nur berichten kann, daß die Arbeitslosigkeit mit außerordentlicher Fähigkeit andauert, sind die Wirtschaftspolitiker der Ansicht, daß die Konsolidierung der Wirtschaft Fortschritte gemacht hat. Der Widerspruch verschwindet, wenn man berücksichtigt, daß die Konsolidierung, die Zusammenziehung der Produktion auf die leistungsfähigen Betriebe, die Anpassung der Erzeugung an den tatsächlich vorhandenen Absatz und die Senkung der Produktionskosten auf Kosten des Arbeitsmarktes gehen. Galt man sich diesen Gesichtspunkt vor Augen, so wird klar, daß man mit einer längeren Dauer der ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes rechnen muß. Die Fähigkeit der Industrie, Menschen zu beschäftigen, sinkt, und die Fähigkeit, Güter zu erzeugen, steigt, und zwar entwickelt sich die Menschenschäftigung und Gütererzeugung schnell auseinander. Ferner fehlt der Wirtschaft durch die ungünstigen allgemeinen Verhältnisse die Kraft, für die freigebliebenen Arbeitskräfte zum Ersatz der verlorenen Arbeitsplätze . . . neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen.

Das dürfte wohl genügen. Dem Denkernden braucht man kein Wort weiter zu sagen. Knapp und klar findet er hier die Marx'sche Lehre bestätigt: Für den Arbeiter werden bessere Zeiten kommen, wenn die kapitalistische Wirtschaft befestigt und durch die planmäßige Bedarfsdeckung des Sozialismus ersetzt ist.

Ausgesteuert

Ein schweres Wort. Der letzte Halt bricht. Was auch die Hilfe gering, so war es doch besser als das Nichts. Ausgesteuert. Schwere Degen geht der Kollege das letzte Mal zur Verbandsstelle und holt das letzte ihm statutenmäßig zustehende Geld. Es war kein Almosen, es war sein Geld, das aus dem Mitteln kam, die er selbst allmählich als Verbandsbeitrag mit getreulich zusammengetragen hatte, um für wirtschaftliche Kämpfe gerüstet zu sein und für wirtschaftliche Regentage etwas im Trodnen zu haben.

Kun ist das Umwerter der Wirtschaftskrise hereingebrochen. Alte, eifrige, langjährige Verbandskollegen, die ein Menschenalter für die Bewegung gearbeitet haben, die — wie man zu sagen pflegt — bisher wenig aus dem Verband gezogen haben, sind in diese Krise hineingerissen worden. Arbeitslos sind sie geworden und müssten die Unterstützungseinrichtungen ihres Verbandes in Anspruch nehmen. 20 Wochen half der Verband, zahlte regelmäßig wöchentlich die statutenmäßig feststehende Summe und verfolgte die Rechte der organisierten Erwerbslosen. Nach 20 Wochen ist die statutenmäßige Frist für die baren Verbandsleistungen abgelaufen. Der Kollege ist ausgesteuert. Arbeitslos ist er aber auch noch vor.

Der ist schwer und diese Kollegen gehen schlimmen Zeiten entgegen. Gern würde der Verband weiter helfen, aber keine Mittel sind nicht unerträglich. Keine anderen Mittel, nur Mitgliederbeiträge stehen unseren Verbänden zu. Kleinvermögen hat unser starker Verband, trotz aller Sparmaßnahmen, seit der Inflation noch nicht wieder sammeln können. Immerhin hat unser Verband schon in dieser Krise ein Verbandsvermögen:

von 18 Millionen Mark

zur Auszahlung gebracht, davon entfallen allein auf die letzten 4 Monate 12 Millionen Mark. Diese ungeheuren Mittel sind aber nur für Unterstützungen ausgegeben, dazu kommen noch als Verbandsleistung große Summen für Streiks und deren Folgen. Ferner sind große Mittel zur Rechtsvertretung und für Mitgliederbildung und Bildung ausgegeben. Kosten verursacht auch die notwendige Mitgliederwerbung.

Aus den Mitteln des Verbandes kann leider den Erwerbslosen über das statutenmäßige Soll hinaus nichts gegeben werden. Denke und mitarbeitende Kollegen sind auch davon überzeugt und sie werden auch bestrebt sein, die Verbindung mit ihrem Verband aufrechtzuerhalten. Bei weniger geschulten Mitgliedern wird die Gefahr vorhanden sein, daß mit dem Aufhören der Unterstützung, das heißt wenn sie ausgesteuert sind, die Anteilnahme am Verbandsleben schwindet. Das muß verhindert werden. Jeder Kollege und Kollegin muß sich klar sein, was sie verdienen, wenn sie beim Ausgesteuertsein die Verbindung mit ihrem Verband lösen. Sie verlieren all die Rechte, die sie in jahrelanger Mitgliedschaft erworben haben. Wird die Verbindung gelöst und tritt der Kollege wieder in Arbeit, so muß er von ganz vorn beginnen.

Auch dem Ausgesteuerten bietet der Verband noch manchen Rat. Es ist wichtig, die Metallarbeiter-Zeitung zu, damit er in der Bewegung auf dem laufenden bleiben kann. Der Verband gewährt dem Ausgesteuerten Rechtshilfe und es bleibt ihm auch der Anspruch auf Sterbegeld erhalten. Darüber hinaus wird auch für den Ausgesteuerten eine lokale Hilfe gesucht werden können. Durch Vermittlung der lokalen Verbandsleitungen werden oftmals Mittel locker gemacht, mit denen verschiedene Einrichtungen geschaffen werden können. Auf diesem Gebiet müssen natürlich Erwerbslose und Ausgesteuerte mitarbeiten. Sie müssen in Versammlungen der Organisierten zur Wahrung ihrer Interessen zusammengefaßt werden. Grundlos muß bleiben der Anspruch an das Ganze, an den Verband darf den Ausgesteuerten nicht verloren gehen.

Dem Ausgesteuerten steht das Recht zu, schwarze Karten zu haben, dadurch hält er sein Mitgliedsrecht in Ordnung und er sichert sich seine all ererbten Rechte. Dem Ausgesteuerten liegt die Pflicht ob, allmählich die kostenfreie schwarze Karte zu holen und zu haben.

Wen mehr ist aber dem Ausgesteuerten zu raten, wenn er es nur irgendwie ermöglichen kann, seinen Beitrag zu entrichten. Kein Kollege sollte das veräumen, denn der Beitrag sichert ihm den vollen Anspruch nach der statutenmäßigen Frist. Gewiß wird es manchem schwer werden, manchen auch unmöglich, den Wochenbeitrag anzubringen. Aber es gibt keinen besseren Schutz als die volle Erhaltung der alten Verbandsrechte und jeder Kollege sollte sich daran bemühen. Es hat aber keines Zweck, den Beitrag nun in der allerärmsten Klasse zu entrichten, die Leistung richtet sich nach dem Beitrag und die niedere Klasse, auf die erste angerechnet, ergibt nur einen Nachteil.

Bliebe einem Verband treu, nicht am Beitrag sparen, denn dies wäre die schlimmste Verzerrung und ihr schädigt auch selbst.

Altersversicherung im Verband

So recht aus diesem Herzen kann ich und mit mir sehr viele meiner langjährigen Verbandskollegen und Mitarbeiter dem Vorschlag des Kollegen G. Kühnel (in Nr. 15 der MZ) für Einführung einer Altersversicherung nur zustimmen. Ja, der Verband müßte sogar noch weitergehen und eine Invalidenversicherung der Altersversicherung anschließen. Denn Selbsthilfe ist der einzige Weg, um im Alter oder bei Invalidität sich und seine Familie vor der sicheren Verelendung zu bewahren. Die Überzeugung, daß wir uns nur allein helfen können und vom Staat nichts zu erwarten haben, hat bereits viele Kreise der Kollegen und Kolleginnen erfasst. Ich weiß genau, daß die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung der Zusammenhalt untereinander viel fester wird und viele Kollegen wieder in unsere Reihen zurückkommen.

Selbstverständlich wird eine Prüfung der Beiträge vorgenommen werden müssen. In welchem Umfang und Höhe, kann die Sache des Vorstandes und Beirates sein. Und gern wird jeder seinen Obulus zu dieser Einrichtung beisteuern. Ich glaube nicht, daß es noch so farsichtige Kollegen gibt, die den Vorteil einer solchen Einrichtung nicht einsehen. Klar ist es, daß wir uns ganz zum Arbeiten an diesem Werk der wahren Solidarität zur Verfügung stellen müssen. Je eher, desto besser. Große Vorarbeiten sind doch bestimmt dazu notwendig. Gerade wegen der schweren Zeit wird und muß jeder bereit sein, sein Scherlein zum Aufbau der Versicherung beizutragen.

Kollege Kühnel hat auch ganz richtig angeführt, daß sich die Buchdrucker eine Versicherung geschaffen haben. Dies sollte uns ein Vorbild und Ansporn sein, unsern Verband noch weiter auszubauen. Wie steht es nun heute bei einem Unfall etc. bei Invalidität aus? Als Kollegen stehen dem Nichts gegenüber. Aber ganz anders gestaltet sich die Lage, wenn unser Verband soweit ausgebaut ist, daß er uns einen Zuschuß zahlen kann. Denn was die Invalidenversicherung heute bezahlt, ist doch zum Verhungern.

Es steht fest, daß jeder Kollege in der Einführung der Alters- und Invalidenversicherung einverstanden sein muß. Der Vorteil ist so groß, von einem Nachteil kann gar nicht die Rede sein. Der Verbandsrat steht vor der Tür, es ist hohe Zeit. Wir vertrauen auf unsere Leitung, daß sie noch zur rechten Zeit mit einem Antrag zum Verbandsrat erscheint für die Einrichtung der Alters- und Invalidenversicherung der Metallarbeiter.

E. Idemar Maaß, Berlin.

Die immer zahlreicher werdenden Wünsche der Einführung der Alters- oder Invalidenversicherung im DAV sind zweifellos dem Bestreben entsprungen, die Kollegen vor alten und invaliden Kollegen zu lindern. Trotz wiederholter Erhebungen sind die Meinungen ganz unzureichend, die Sozialversicherung entspricht nicht einmal den bescheidensten Anforderungen. Eine auch nur den geringsten Verbesserungen entsprechende Erhöhung der Renten oder bessere Gestaltung der Sozialversicherung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Der durch Krieg und Inflation verursachte Verlust des größten Teils der Vermögen der Versicherungsanstalten einerseits, die infolge der ungeheuren Schwächung der Volksgesundheit außerordentlich gesteigerte Rentenschuld andererseits stellen sogar bei den heutigen Beitragssätzen die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Renten ernsthaft in Frage. Eine wirklich ausreichende Beitragserhöhung oder Erhöhung der Reichszuschüsse ist bei der Billigkeit der bürgerlichen Parteien dem Verlangen der Unternehmerverbände nach Beschränkung der Soziallasten gegenüber ausgeschlossen, um so mehr, als noch Millionen von Arbeitern bei den Sozialversicherungen beiseite stehen oder den bürgerlichen Parteien ihre Stimme geben. Doch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Invaliden eine Hilfe von anderer Seite, durch den Verband als dringende Notwendigkeit erscheinen lassen, dürfte daher nicht bestritten werden.

Insichtlich erscheint mir aber, ob die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe durch den Verband besteht. Reine Beschränkung der Beiträge ist im Verband bis jetzt eingeführten Unterstützungen stehen mehr oder weniger im Zusammenhang mit dem Zweck des Verbandes. Es sind, mit Ausnahme der Sterbegeld und Genossenschaftsunterstützung, entweder einmalige Leistungen, Sterbegeld und Kollegenunterstützung, oder auf eine ganz bestimmte Zeitdauer beschränkt. Die Invalidenunterstützung würde dagegen eine dauerhafte Leistung sein. Sie müßte, wenn sie eine wirksame Hilfe darstellen soll, in der ersten Beitragsklasse mindestens 30 A im Monat betragen. Sie müßte weiter von der Ermächtigung des Vorstandes und Beirates, in Zeiten der Not Unterstützungen herabzusetzen oder vorübergehend ganz einzustellen, ausgeschlossen werden. Schäden die nicht, so würde die erhoffte Lebenswirkung, Erleichterung der Agitation und Einschränkung des Mitgliederwechsels, ganz beseitigt. Diese drei Umstände bedingen aber Festsetzung sehr hoher Beiträge und geforderte Berechnung und Verwaltung der für die Invalidenunterstützung bestimmten Beitragsanteile.

Da die Invalidenunterstützung neben den anderen Unterstützungen zu gewähren ist, also nicht wie Streit- und Erwerbslosenunterstützung je nach der Geschäftslage schwankt, müßten die Beiträge so bemessen werden, daß sie nicht nur den laufenden Bedarf decken, sondern erhebliche Rücklagen ermöglichen. Die Erfahrungen mit der Invaliden- und Altersversicherung zeigen dies deutlich. Der ursprüngliche Gedanke der Kapitaldeckung für die Rentenlast war durchaus richtig. Er ist ja auch nicht freiwillig aufgegeben, sondern durch die Inflation zwingend angeschlossen worden. Mathematisch werden daher zu prüfen haben, wie hoch die Beiträge sein müssen; die Verbandsstellen ihrerseits haben zu prüfen, ob die errechneten Beiträge für die Metallarbeiter tragbar sind.

Unter keinen Umständen aber dürfte die Invalidenunterstützung als freiwillige Einrichtung geschaffen werden. Wird sie eingeführt, so

haben alle Mitglieder die Beiträge zu ihr zu entrichten. Auch hier ist die Erfahrung in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung der besterzeugende. Von der bei Einführung der Reichsversicherung wurde aufgeführten Möglichkeit der freiwilligen Zusatzversicherung wurde wenig Gebrauch gemacht, daß sie wieder beseitigt wurde.

Bei den Betr. Verbänden, die diese Unterstützung eingeführt haben, ist die Erfahrung in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung der besterzeugende. Von der bei Einführung der Reichsversicherung wurde aufgeführten Möglichkeit der freiwilligen Zusatzversicherung wurde wenig Gebrauch gemacht, daß sie wieder beseitigt wurde.

Diese Einwendungen erschöpfen nicht alle Bedenken. Sie werden nicht erhoben, um die Einführung der Invalidenunterstützung ein für allemal abzulehnen, sondern um die Schwierigkeiten des Problems aufzuzeigen und so eine gründliche Prüfung zu veranlassen. Der Verbandsrat sollte die Frage eingehend prüfen, insbesondere auch unterzuchten, ob es nicht möglich ist, Einzelmaßnahmen in die Unterstützungsleistungen der gesamten freigewerkschaftlichen Organisationen zu bringen. Die zweckmäßigste Lösung, die Schaffung einer gemeinsamen Unterstützungskasse aller dem DAV angeschlossenen Organisationen ist leider in absehbarer Zeit nicht zu erzielen. Dazu fehlt es noch bei einer ganzen Anzahl Verbände am guten Willen. Dieser müßte aber in reichlichem Maße vorhanden sein, um die durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse sich ergebenden großen Schwierigkeiten überwinden zu können.

Die ständige Erweiterung der selbstgeleiteten Verbandsanteile, das Bestreben, den Rückhalt, den die Organisation ihren Mitgliedern gewährt, auf alle Lebenslagen auszuweiten, bedingt mit Notwendigkeit die Zusammenfassung der Arbeiter in große, leistungsfähige Organisationen. Die Aufrechterhaltung der heutigen Zersplitterung in unzähligen Organisationen, das Festhalten an überlebten Organisationsformen ist auch in dieser Frage das größte Hindernis der Fortschritt.

Hermann Haarer, Wiesbaden.

Es ist erfreulich, daß Stimmen laut werden, die auf Grund einer Altersversicherung im Verband hinweisen. Es ist zu begrüßen, daß die Aussprache eröffnet ist, um den verschiedenen Meinungen Ausdruck zu geben. Die Behandlung der alten Arbeiter in den Betrieben ist verschiedenartig. Es gibt Betriebe, wo die Alten Berücksichtigung finden und ihnen eine ihrem Alter entsprechende Arbeit bis ins Greisenalter zugewiesen wird, wie es zum Beispiel bei uns der Fall ist; das ist gewiß anerkanntswert. In sehr vielen Betrieben trifft dies jedoch nicht zu. Da wird mit großer Rücksichtslosigkeit vorgegangen. Wenn nun die jungen Kollegen solche Fälle mit ansehen, so muß dort unwillkürlich in ihnen der Gedanke kommen: So kann es dir auch mal gehen, wenn du alt wirst. Somit glaube ich, daß der junge Kollege für die Altersversicherung zu gewinnen ist, wenn man Spargelände einrichtet und diese später bei Verrentung der Altersversicherung überweist. Falls nun Erwerbslosigkeit dazwischen, so die Eingahlung unterbleibt, so kann bei weitem Erwerb die Zahlung lastet nicht werden, bis sich dann in bestimmten Beitragswöchentliches läßt, in zwei Stufen, niedere und höhere, je nach Zahl. So können bei den jungen Kollegen Spargelände, festhalten am Verband geschaffen werden und die Kollegen können etwas erleichtert in die Zukunft blicken. Die Einrichtung der Altersversicherung müßte je geschaffen werden, daß bei früherem Ableben Rückzahlung in solcher Höhe erfolgt, daß dabei keine Gefahr besteht, die Lebensfähigkeit der Versicherung zu gefährden. Es ist zu empfehlen, daß sich der Vorstand mit der Durchführung in Verbindung setzt, um etwas Brauchbares zu schaffen und darüber dem kommenden Verbandsrat Bericht zu erstatten.

Eugen Gauß, Rottenburg a. M.

Das Weichblechmonopol von Otto Wolff. Die Eisenhandelsfirma Otto Wolff in Köln beherrscht schon seit Jahren den Handel in Weichblech und Feinblech. Nunmehr sind auch die erzeugenden Werke der Weichblech-Union der Verkaufsorganisation des Otto Wolff-Konzerns beigetreten. Somit beherrscht diese Firma bis auf einen unwichtigen Rest das gesamte Weichblechgeschäft. Die weiterverarbeitende Industrie in diesem Monopol ausgeliefert. Entgegen den übrigen Eisenorten behalten die Weichblechabnehmer keine Belieferung für Ausfuhrzwecke zu Weltmarktpreisen. Es muß aus diesem Grunde gefordert werden, daß der Zollfreie Verkehr der Weichblech einseitig durch andere Firmen sehr deutlich, wohin die Reise geht, wenn die Konzentration der Industrie und des Handels in der bisherigen Weise fortgeschreitet.

Besucht die Mitgliederversammlungen!

Unser Verband ist eine Demokratie. / Jedes Mitglied ist zur Mitentscheidung berufen. / Wer sich des Rechtes der Mitentscheidung nicht bedienen will, muß in die Versammlungen kommen. /

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. P. Kuegg (Köln, Westf.)
Die Zukunft des Magnesium
Das Magnesium wurde im Jahre 1808 von Davy entdeckt, also über 20 Jahre vor dem Zeitpunkt, an dem es bekannt wurde, das Aluminium aus der Lauge zu isolieren. Die große Bedeutung der Metallproduktion an Magnesium ist, ist sich nicht genau lassen; während der Krieges betrug die jährliche Produktion von Magnesium im Jahre 1900 etwa 1500 Tonnen im Jahr, wobei hauptsächlich die Hälfte allein auf Deutschland entfiel. Während dieser Zeit erzielte die Aluminiumherstellung 200 000 Tonnen; heute ist die Produktion von Magnesium im Vergleich zu der Aluminiumherstellung ein starkes Wachstum und leichter zu beschaffen als das Aluminium. Als Hauptstoff für metallurgische Zwecke, wie geringes Gewicht und große Festigkeit gekennzeichnet wird, ist es zurzeit in der Technik, falls es einer gewissen Verarbeitung unterworfen wird, eine hervorragende Eigenschaft, die eine 25 bis 40 mal so hohe Festigkeit wie gewöhnliche Eisenwerkstoffe ergibt. Das dies beispielhaft für den Flugzeugbau bedeutet, ist ohne weiteres klar. Der Stoffeinsatz für Magnesium ist allerdings noch 25mal so hoch wie der des Aluminiums, jedoch hat dies nichts zu sagen, wenn es sich heraus stellt, daß die Festigkeit der Magnesium zu erreichen, da das auch nur ein Teil des Gewichtes und demnach die Festigkeit des Betriebes die ausgleichende Wirkung ist. Im übrigen ist anzunehmen, daß die Festigkeit der beiden Metalle gleichmäßig sich demnach gegenüber den schweren Metallen befinden wird, denn gerade in der letzten Zeit sind die Magnesium-Verbindungen ganz wesentlich verbessert worden, so daß man sich demnach auf ein absehbares Ziel des Magnesiums setzen kann. Die Festigkeit des Magnesiums ist zwar höher als die des Aluminiums, jedoch hat dies nichts zu sagen, wenn es sich heraus stellt, daß die Festigkeit der Magnesium zu erreichen, da das auch nur ein Teil des Gewichtes und demnach die Festigkeit des Betriebes die ausgleichende Wirkung ist. Im übrigen ist anzunehmen, daß die Festigkeit der beiden Metalle gleichmäßig sich demnach gegenüber den schweren Metallen befinden wird, denn gerade in der letzten Zeit sind die Magnesium-Verbindungen ganz wesentlich verbessert worden, so daß man sich demnach auf ein absehbares Ziel des Magnesiums setzen kann.

Angebot, ein Aufwand, der jedenfalls dazu anregt, die Herstellung von Magnesium nach rationeller zu gestalten, und dies um so mehr, als der Rohstoff des Magnesiums sehr billig und in reichlicher Menge vorhanden ist. Der Markt für Magnesium kann daher als gesichert gelten; er wird sich zudem leicht sehr ausdehnen, wenn erst die wertvollen Eigenschaften des Magnesiums in weiteren Kreisen bekannt und geschätzt werden.

Bisher wurde das Magnesium von vielen als Gemische verwendet, die man hauptsächlich in Form von Pulver und Sand in der Photographie (Nichtlicht) und in der Feuerwerkskunst benutzt. Die moderne Technik verwendet es heute aber bereits zur Herstellung hochwertiger Legierungen, wie zum Beispiel des Duralumins, des Magnesiums, des Elektron, etc. Allerdings genügt hier die Mischung von nur wenigen Hundertteilen Magnesium, um die wertvollen Eigenschaften zu erzielen. Das spezifische Gewicht des Aluminiums beträgt 2,7, während das des Magnesiums nur 1,7 ist. Ein gewöhnlicher Grad aus Aluminium hat eine mittlere Bruchfestigkeit von 20 Kilogramm je Quadratmillimeter, Magnesium in reinen Zustand zeigt erst bei einer Belastung von 30 Kilogramm je Quadratmillimeter. Da man das Magnesium durch Elektrolyse festerfüßiger Gemische aus billigen Magnesiumsalzen (Epsomsulfat) gewinnt, ist seine Herstellung im Großen nur eine Frage der Beschaffung billiger elektrischer Kraft. Die Zukunft der Magnesiumindustrie ist somit unübersehbar mit der großen Frage des Tages, dem Ausbau billiger Kraftwerke bedingt, von dem heute unsere Industrie abhängt.

Die Verstromung einer vertikalen Wasserkraft
Der einzige Fall ist ein geringerer, vertikaler, der verschiedenen Art auf galvanischem Wege mit einem geschlossenen Übergang von metallischen Chrom zu verfahren. Zur Erzielung einer Schichtdicke von einigen Hunderttausendstel Metern sind nur 10 Minuten erforderlich; gewöhnlich genügt indessen schon eine Stunde des Übergangs von einigen Zentimetern bis einigen Hunderttausendstel Metern, obwohl man, wenn die Elektrolyse lange genug angehalten wird, beliebig Schichtdicken erreichen kann. Der Chromübergang ist in zwei Arten erzielbar: erstens, ganz aussehend und hochglanzend, in der Farbe dem Silber ähnlich, mit einem leichten Stich ins Blaue. Was den

Überzügen einen besonderen Wert verleiht, ist die große Härte des Chroms, das bekanntlich zu den härtesten Metallen gehört. Chrom liegt in der Härteskala dicht bei Rotund und ist so hart, daß man damit Glas ritzen kann. Selbst die mit einer dünnen Chromschicht versehenen Gegenstände zeigen schon eine gewisse Eigenschaft. Mit Chrom überzogene Gegenstände zeichnen sich also mit anderen Worten vor allem dadurch aus, daß sie sich nur wenig oder gar nicht abnutzen. Das Chromen empfiehlt sich daher vorzugsweise bei der Herstellung von Schreib- und Maschineninstrumenten, Läden, Druckstöcken, Ringen, Werkzeugen. Ein weiterer Vorzug der Chromübergänge liegt in ihrem hohen Schmelzpunkt und in ihrer geringen Oxidationsfähigkeit. Das Chrom gehört zu den am schwersten schmelzbaren Metallen (1520 Grad Celsius) und verbindet sich erst bei verhältnismäßig hohen Temperaturen mit dem Sauerstoff der Luft. Bei Temperaturen von einigen hundert Grad, bei welchen Nickel, Kupfer und andere gewöhnliche Metalle bereits stark anlaufen, bleibt Chrom noch blank. Das Chromen empfiehlt sich daher vorzugsweise bei der Herstellung von Brennern, Kolben, Ventilen, Ventilschneidern, Bügelsägen, Hochdrücken, Ventilen, Turbinenlaufschalen, Reflektoren usw. Nicht unerwähnt soll das werden die chemische Unangreifbarkeit des Chroms, das bei Salpetersäure, den meisten organischen Säuren, den gebräuchlichsten Alkalien und dem Sublimat vollkommen standhält. Nur Salzsäure und Schwefelsäure lösen Chrom auf. Man verwendet daher neuerdings Chromübergänge bei der Herstellung von chemischen, pharmazeutischen und landwirtschaftlichen Instrumenten, von Fahrern und Automobilteilen, Schiffsausrüstungen u. dergl. Verchromte Gegenstände laufen nicht an, rosten nicht und bleiben blank selbst in Gegenwart von Schwefelverbindungen.

Berücksichtigung an Festen-Luftschiffen

Das unentflammbare Heliumgas ist das weitest aus besten geeignete Gas für Luftschiffe, doch kann es leider nicht in genügender Menge beschafft werden. Dazu kommt, daß bei jeder Fahrt beträchtliche Gasverluste unvermeidlich sind. So wie die Verhältnisse heute liegen, reicht die alljährlich in der ganzen Welt gewonnene Heliummenge von rund 100 000 cbm gerade hin, um die Verluste zu decken, die durch ein paar Flüge eines einzigen Luftschiffes entstehen. Es ist festzustellen

Die Erwerbslosenunterstützung

Nach den jetzigen Vorschriften — Ein wirres Paragraphengefüß

Die Vorschriften über Höhe und Dauer der Erwerbslosenunterstützung bilden ein wirres Durcheinander. Würde ein goldener Preis dafür ausgesetzt, möglichst viel Paragraphen so durcheinander zu schüttern, daß sich kein Mensch mehr zurechtfindet, er müßte den für die Bestimmungen der Erwerbslosenunterstützung verantwortlichen Stellen zuerkennen werden. Das eine hohe Bürokratie mit solcher Paragraphenfülle unendlich viel Zeit verdirbt, ist einleuchtend. Aber diese unerbittliche Vergeudung von Zeit und Mitteln wäre schließlich noch zu ertragen, wenn nicht auch noch Tausende von Bürgern oder Arbeitlosen gezwungen wären, sich mit dem wirren Produkt der Bürokratie zu befassen. Wir meinen, daß, wenn irgendwas mit der Rationalisierung begonnen werden müßte, dann bei unerer Verordnungs- und Paragraphenmühle. Denn was diese beiden den Bürgern an Zeit und Ermüdung kostet, ist einfach unerträglich. Jurgel liegt es so, daß sich ein Ende in dem Paragraphenwust nicht zurechtfindet. Durch die zweite Anordnung des Reichsarbeitsministeriums ist das Durcheinander noch alliter geworden, so daß dem Erwerbslosen eine einwandfreie Berechnung der Unterstützungsbeträge unmöglich ist. Eine Vereinfachung und Vereinhaltung der Vorschriften ist äußerst dringlich.

Wir wollen versuchen darzulegen, auf welche Unterstützungsbeträge der Erwerbslose auf Grund des Paragraphenwirrwarrs Anspruch hat. Zu der Erhöhung ab 1. März dieses Jahres, wie sie die Anordnung des RMZ vom 27. Februar bekannt gibt, muß zunächst grundsätzlich gesagt werden, daß sie nur eine Erhöhung für die Orte der Ortsklassen A, B und C bringt, dagegen die Orte der Ortsklassen D und E leer ausgehen läßt. Für Erwerbslose der Ortsklassen D und E gelten noch vor die Unterstützungsbeträge, die ab 14. September 1925 eingeführt sind. In diesen Orten ist demnach zu zahlen:

Wirtschaftsgebiet	Personen		Familienzuschläge	
	über 21 J.	unter 21 J.	begleitet	Freie
I	1,11	0,88	0,89	0,27
II	1,29	0,80	0,48	0,88
III	1,41	0,84	0,48	0,88

Dieser Unterstützungsbetrag bleibt von Beginn bis Ende der Unterstützungsdauer bestehen. Anders liegt es in den Orten der Ortsklassen A bis C. In diesen Orten ändern sich die Unterstützungsbeträge, wenn ein Erwerbsloser acht Wochen ununterbrochen Unterstützung bezogen hat, oder sie sind schon von Beginn der Unterstützung an erhöht, und zwar für solche Erwerbslose, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht in dem Haushalt eines andern leben. Die Unterstützungsbeträge betragen (unter Berücksichtigung der zweiten Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Höchstätze vom 27. Februar 1926) ab 1. März 1926 für Erwerbslose, die Familienzuschläge beziehen oder dem Haushalt eines andern angehören:

Wirtschaftsgebiet I	Hauptunterstützung		Familienzuschläge		
	über 21 J.	unter 21 J.	begleitet	Freie	
In den ersten acht Wochen:	Ortsklasse A	1,89	0,88	0,48	0,28
	B	1,29	0,78	0,45	0,31
	C	1,30	0,78	0,42	0,29
Von der neunten Woche ab:	Ortsklasse A	1,89	0,91	0,48	0,38
	B	1,42	0,85	0,45	0,31
	C	1,32	0,79	0,42	0,29

Wirtschaftsgebiet II	Hauptunterstützung		Familienzuschläge		
	über 21 J.	unter 21 J.	begleitet	Freie	
In den ersten acht Wochen:	Ortsklasse A	1,82	0,88	0,58	0,39
	B	1,29	0,82	0,52	0,37
	C	1,29	0,88	0,49	0,35
Von der neunten Woche ab:	Ortsklasse A	1,78	1,06	0,55	0,39
	B	1,38	1,01	0,52	0,37
	C	1,34	0,94	0,49	0,35

Wirtschaftsgebiet III	Hauptunterstützung		Familienzuschläge		
	über 21 J.	unter 21 J.	begleitet	Freie	
In den ersten acht Wochen:	Ortsklasse A	1,74	1,05	0,60	0,42
	B	1,38	0,98	0,56	0,40
	C	1,29	0,91	0,52	0,39
Von der neunten Woche ab:	Ortsklasse A	1,91	1,16	0,60	0,42
	B	1,78	1,08	0,56	0,40
	C	1,68	1,01	0,52	0,39

Es sind also nur die Beiträge der Hauptunterstützungsgenossenschaft, nicht aber die Familienzuschläge erhöht worden. Der Höchstbetrag, den ein Erwerbsloser einschließlich der Familienzuschläge erhält, ist durch die zweite Anordnung des RMZ nicht erhöht worden. Es gelten daher noch die ab 14. Dezember 1925 festgesetzten Höchstätze (täglich):

Wirtschaftsgebiet I	A		B		C		D u. E	
	über 21 J.	unter 21 J.	über 21 J.	unter 21 J.	über 21 J.	unter 21 J.	über 21 J.	unter 21 J.
I	8,18	2,95	2,75	2,55	—	—	—	—
II	8,80	3,40	3,20	3,00	—	—	—	—
III	4,--	3,75	3,50	3,30	—	—	—	—

Für solche Erwerbslose, die keine Familienzuschläge beziehen und auch nicht dem Haushalt eines andern angehören, wie zum Beispiel Einzelgänger, Schlafstättenmischer, Kostgänger usw., ist die Erwerbslosenunterstützung auf Grund der zweiten Anordnung des RMZ mit Wirkung vom 1. März ds. Jz. ab vom Beginn der Unterstützung an erhöht. Die Unterstützung für diese beträgt:

Wirtschaftsgebiet I	In den Ortsklassen	
	A	B
1. Für Personen über 21 Jahre	1,89	1,42
	1,29	0,88
2. unter 21 Jahren	1,30	0,88
	1,32	0,88

worben, daß das amerikanische Luftschiff Los Angeles, das etwa 20000 cbm Gas trägt, auf einer etwas längeren Fahrt insgesamt 2000 cbm Helium hat opfern müssen. Solche Gasverluste waren bisher nicht zu umgehen; jetzt nämlich das Luftschiff höher und höher, so nimmt infolge des sinkenden Luftdruckes der Überdruck in den Gaszellen schließlich so zu, daß etwas Helium ablassen werden muß. Das mehr des wertvollen Gases geht verloren, wenn man das Luftschiff zum Enten bringen will. Bei langen Fahrten, auf denen der Sauerstoffverbrauch ziemlich groß ist, muß außerdem die hierdurch bedingte Gewichtszunahme (Zunahme des Auftriebes) durch Ablassen von Ballast ausgeglichen werden. Wie verläuft, ist es nun aber zwei deutschen Gelehrten, Peter und Schumann, gelungen, die für die Luftschiffahrt so wichtige Frage, wie bei der Knappheit des Heliums diese Verkleinerung zu vermeiden ist, ganz einfach zu lösen. Sie haben festgelegt, daß ein Luftschiff zum Steigen und Sinken gebracht werden kann, ohne daß Ballast auszuwerfen oder Ballast abzulassen ist, einfach dadurch, daß man den Gasballast sich ausdehnen oder zusammenziehen läßt, indem man ihn erwärmt oder abkühlt. Die zu diesem Zweck erforderlichen Vorrichtungen, die im Inneren des Luftschiffes angeordnet werden, sind verhältnismäßig einfacher Art und werden im Zusammenhang mit den vorhandenen Maschinen elektrisch betrieben. Ein Vertreter des amerikanischen Marineamtes, das natürlich im erster Linie an der Feuerung interessiert ist, ist gerade in Berlin, um die Apparate von Peter und Schumann näher zu studieren.

Elektrische Lampen und der Schutz des Augensichtes

Es werden heute drei Arten elektrischer Glühlampen verwendet: Kohlefadenlampen, Wolframfaden- oder Einwickellampen, deren Faden in einem Vakuum glüht, und schließlich noch Wolframfadenlampen mit Stickstoff-Füllung, sogenannte Halbwattlampen. Die letztere Lampeart scheint die anderem immer mehr zu verdrängen, da ihr Stromverbrauch sehr viel kleiner ist. Bei gleicher Lichtstärke hat sie nur etwa ein Fünftel des Verbrauchs der Kohlefadenlampe und die Hälfte des Einwickellampe. Allein es läßt sich feststellen, daß es für die Augen viel unangenehmer ist, in die Halbwattlampen zu sehen als in die anderen: der harte Glanz des Fadens ist fast nicht auszuhalten.

Wirtschaftsgebiet II	In den Ortsklassen	
	A	B
1. Für Personen über 21 Jahre	1,78	1,68
	1,18	1,10
2. unter 21 Jahren	1,21	1,48
	1,38	1,18

Leben in einem gemeinschaftlichen Haushalte mehrere Hauptunterstützungsgenossenschaftler, dann darf die Hauptunterstützung sämtlicher Unterstützungsgenossenschaftler zusammen den 24fachen Betrag, den der Höchstunterstützte für seine Person erhält, nicht übersteigen. Wenn zum Beispiel in einem Orte der Ortsklasse A im Wirtschaftsgebiet II der Vater mit zwei Söhnen, von denen einer über und einer unter 21 Jahre alt ist, erwerbslos sind, dann darf die Hauptunterstützung dieser drei Unterstützungsgenossenschaftler zusammen (1,62 A x 2,5 = 4,05 A nicht übersteigen. Bei Nichtvorliegen dieser einschränkenden Bestimmung würde 4,22 A täglich an Hauptunterstützung gezahlt werden können. Neben der Hauptunterstützung werden die Familienzuschläge den einzelnen Hauptunterstützungsgenossenschaftlern gewährt.

Zusammenfassend sei festgestellt: Für alle Unterstützungsgenossenschaftler der Ortsklassen D und E ist es bei den Unterstützungssätzen vom 14. Dezember 1925 verblieben. Für Erwerbslose in den Ortsklassen A, B und C tritt, wenn sie keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines andern angehören, eine Erhöhung der Unterstützungssätze vom Beginn der Unterstützung an ab 1. März 1926 in Kraft, und für alle anderen Hauptunterstützungsgenossenschaftler mit Beginn der neunten Unterstütuungswoche, wenn der Erwerbslose die acht vorhergehenden Wochen ununterbrochen unterstützt worden ist. Die letztere Bestimmung bedeutet eine außerordentliche Ungerechtigkeit für den Erwerbslosen, dem vorübergehend Arbeit vermittelt wird, weil diese Arbeit, die unter Umständen nur einige Tage dauern kann, die achtwöchige Unterstützungsdauer unterbricht. Nach dem Wortlaut des Gesetzes muß er dann abermals von vorne beginnen. Hier ist eine Bestimmung dringend notwendig, wonach vorübergehende Arbeit nicht als Unterbrechung gilt.

Die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung, die bisher allgemein 26 Wochen betrug, ist durch eine Anordnung des Reichsarbeitsministeriums (RMZ. 1926 S. 102) um 13 Wochen auf 39 Wochen verlängert. Diese Verlängerung soll nicht für die Verurteilten gelten, für welche sich Arbeitsgelegenheit bietet. Als solche werden genannt: Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Baugewerbe, Kunstgewerbe und die Hauswirtschaft. Für diese gilt die Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen nicht. Darüber hinaus sollen die Landesregierungen noch befugt sein, andere Berufe, für die ein guter Arbeitsmarkt besteht, von der Verlängerung auszunehmen. Ferner empfiehlt die Anordnung des RMZ dringend, mit Rücksicht auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes von der in § 18 Abs. 3 SZG gegebenen Möglichkeit, daß die zur Entlohnung über die Unterstützung ausfindigen Stellen die Fürsorge über die 39. Woche hinaus bis zur Dauer von 52 Wochen verlängern können, weit herzig Gebrauch zu machen.

Die verlängerte Unterstützungsdauer gilt nicht nur für die Erwerbslosen, die zuletzt noch Unterstützung beziehen, sondern auch für solche, die bereits ausgestellt waren. Die Ausgestellten werden wieder in die Unterstützung aufgenommen, wenn die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, insbesondere muß der Erwerbslose in den letzten zwölf Monaten mindestens 3 Monate eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der er gegen Krankheit pflichtverpflichtet war. Die ausgestellten Erwerbslosen müssen, falls es noch nicht geschehen ist, sich sofort beim zuständigen Arbeitsnachweis oder bei der Gemeindeverwaltung melden. Erwerbslose, die bereits 39 Wochen Unterstützung erhalten haben, können ebenfalls nach § 18 Abs. 3 der SZG eine Verlängerung über die 39. Woche hinaus bis zu 52 Wochen beantragen. Aber diesen Antrag wird vom Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises entschieden, gegen dessen Entscheidung ist der Einspruch beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises zulässig.

S. Feldmann

Arbeitslose, wahrt eure Rechte!

Wir haben zahlreiche Erwerbslose, die infolge der andauernden Wirtschaftskrise ein bis zwei Jahre, sogar noch länger arbeitslos sind. Solange diese Kollegen von der Erwerbslosenfürsorge betreut wurden, hielt letztere auch die Versicherung bei der Krankenkasse aufrecht. Auch in den Fällen, wo die Arbeiter aus anderen Versicherungsarten (Knappschaftskassen usw.) kamen. Sobald aber die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge erschöpft sind, hört auch die Betreuung in Versicherungsfragen auf. Gewöhnlich werden die Ausgestellten dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Von diesem Zeitpunkt an muß der einzelne Arbeiter selbst darauf achten, daß ihm nicht wichtige Rechte verloren gehen. Wir denken hierbei an die Invalidenversicherung. Wer zwei Jahre hindurch hierfür keine Beiträge zahlte, scheidet aus der Versicherung aus. Die Invalidität kann aber erhalten bleiben, indem der Versicherte alljährlich 60 Pfennig Beiträge zahlt. Es muß sich also jeder Versicherte seine letzte Versicherungsartelfen befragen, dann kann er zu beliebiger Zeit bei den Postämtern die Beiträge kaufen und einlegen. Nun wird der Arbeitslose in den wenigsten Fällen in der Lage sein, diese Anerkennungsbeträge aus eigener Tasche zu zahlen. Vielleicht läßt sich aber durch einen Antrag beim Wohlfahrtsamt erreichen, daß dieses die Kosten übernimmt oder solange vorzuzieht, bis der betreffende Arbeiter wieder Arbeit gefunden hat.

Man ist deshalb dazu übergegangen, den Lichtstrahlen den Augen zu entziehen durch Verwendung matterer Birnen oder Glühlampenabblündern. Diese Maßnahmen sind sehr nützlich, jedoch noch nicht hinreichend, denn die Glühlampen zeigen noch eine andere Unannehmlichkeit. Da ihr Faden beim Glühen auf eine sehr hohe Temperatur, so um 3000 Grad herum, gebracht wird, sendet er ultraviolette Strahlen aus, die ermüdend auf die Augen wirken. Das Sonnenlicht enthält zwar auch ultraviolette Strahlungen, doch werden diese durch die dicke Luftschicht aufgeföhren, zum Teil auch zerstreut und dadurch vermindert, daß sie aus dem Luftstoffs Ozon bilden. Dies gilt alles nicht für die künstlichen Lichtquellen, deren Strahlen trotz der Verwendung von Überfanggläsern häufig noch scharf das Auge treffen. Man bemüht daher in der letzten Zeit Glasfäden besonderer Zusammensetzung, die die ultravioletten Strahlen gänzlich zurückhalten. Das Licht dieser Lampen ist mild und nur von einer ganz schwach grünen Färbung, wodurch jedoch die Farbe der Umgebung nicht verändert wird.

Oral- und Badegeschirre aus hitzebeständigem Glas

Die aus Glas hergestellten Küchengeschirre sind sehr beliebt; sie sehen gefällig aus und sind sehr leicht rein zu halten. Neuerdings ist es der Industrie gelungen, gläsernes Küchengeschirre herzustellen, das unempfindlich ist gegen große Hitze und Kälte und auch einen bemerkenswerten Widerstand gegen Abplüttern und Zerbrechen aufweist. Derartige hitzebeständige Glasgeschirre eignen sich vorzüglich zum Kochen, zum Braten, Schmoren und Aufwärmen von Speisen aller Art; sie erleichtern die Beobachtung des Sauerwerdens und sind leicht und schnell zu reinigen. Aus dem neuen hitzebeständigen Glas, das unmittelbar dem Feuer ausgesetzt werden kann, ohne zu zerpringen, lassen sich alle möglichen Geschirre anfertigen, die als besondere Annehmlichkeit auch noch ganz das Aussehen von feinem Tafelgeschirre haben. So werden zurzeit hauptsächlich gläserne Teller zur Bereitung von Spiegelleben hergestellt, ferner dachige Fliesen zur Erwärmung und Warmhaltung von Getränken, außerdem Platten, Schüsseln mit dazugehörigen Deckel usw. Die Geschirre sind nicht teuer, man kann stellen sie sich sogar billiger als die gleichartigen Formen aus Porzellan oder Steingut.

Vom Tschechoslowakischen Metallarbeiterverband

J. E. Vom 23. bis 26. April tagte in Prag der 6. ordentliche Verbandstag des Metallarbeiterverbandes in der tschechoslowakischen Republik. Den Bericht ist zu entnehmen, daß der Verband den durch die Wirtschaftskrise und die Herplitterung der Arbeiterbewegung geschaffenen Zersplitterung wieder überwinden hat. Während das Jahr 1921 einen Rückgang von 146 766 auf 123 970 Mitglieder, das Jahr 1922 einen weiteren auf 65 154 und 1923 auf 59 749 Mitglieder, so ist 1924 ein kleiner Aufstieg auf 62 905 und 1925 auf 64 652 Mitglieder zu verzeichnen. Dabei ist die Unbeständigkeit in der Mitgliedschaft eines sowohl durch die Wirtschaftskrise als durch die ungenügende Unterstützung bedingte unangenehme Erscheinung. 1924 und 1925 wurden 32 354 Mitglieder neu aufgenommen, während der wirtschaftliche Aufschwung nur 4 309 beträgt. Wirtschaftlich weist der Verband ebenfalls eine günstige Entwicklung auf. Das Rechenjahr 1922 weist gegenüber 13 Millionen Kronen Einnahmen Ausgaben in der Höhe von 21,1 Millionen auf, 1923 übersteigen die Ausgaben, die 8 Millionen betragen, ebenfalls noch die mit 7,3 Millionen ausgewiesenen Einnahmen, während 1924 die Einnahmen 7,6 Millionen, die Ausgaben 5,8 Millionen betragen. Demgemäß schwankt auch das Vermögen des Verbandes, es sank 1922 von 14,6 auf 6,9 Millionen und lag dann 1923 auf 7,6 Millionen, 1924 auf 9,5 Millionen und 1925 auf 11,6 Millionen Kronen. An Unterstütuungen wurden 1922 bis 1925 insgesamt 25,8 Millionen ausbezahlt, darunter für Strafen 11,2 Millionen, für Arbeitslosigkeit 8,5 Millionen. Kämpfe wurden in der Berichtzeit, in die alle Angriffe der Unternehmer auf die Löhne und die sozialpolitischen Erwerbsfragen fallen, sehr viele geführt. Vom 1. Juli 1922 bis 31. Dezember 1925 waren es 425 Bewegungen, die für 6559 Betriebe und 309 867 Arbeiter geführt wurden. Davon erlitten 401 Bewegungen mit 304 316 Beteiligten mit vollem oder teilweisem Erfolg, 24 Bewegungen mit 5551 Beteiligten mit einem Misserfolg. 1922 und teilweise noch 1923 wurden Abwehrbewegungen geführt, die sich wieder Angriffe ein, die Löhnerhöhungen zum Ziele hatten, und diese Bewegung verstärkte sich 1924 und 1925. Es konnte für rund 40 000 Arbeiter eine durchschnittliche Löhnerhöhung von 10 vH erreicht werden.

Der Verbandstag nahm die Berichte einmütig zur Kenntnis. Besonders erfreulich war die Einmütigkeit, mit der alle Vertreter die bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes billigten, die auf die Schaffung einer einheitlichen Organisation aller Metallarbeiter in der tschechoslowakischen Republik abzielten. Man kann hier mit vier Verbänden rechnen, die mehr oder minder auf selbstgeschafflichen Boden stehen, davon ist ein Verband, nämlich der Internationale Metallarbeiterverband in Komotau, neben dem Metallarbeiterverband in der tschechoslowakischen Republik Mitglied des Internationalen Bundes. Diese vier Organisationen vereinigen etwa 120 000 Mitglieder. Wäre diese Klasse in einer Organisation vereinigt, ihre Kraft wäre natürlich eine weit größere. Der Verbandstag beauftragte den Vorstand, in seinem Bestreben, eine Vereinigung zu Stande zu bringen, fortzuführen und die Einigung möglichst bis zum nächsten Verbandstag durchzuführen. Schließlich beschäftigte sich der Verbandstag mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen. Nach eingehenden Darlegungen der Kollegen Sampi und Rabec wurde eine Reihe von Forderungen aufgestellt, so nach öffentlicher Kontrolle der Wirtschaft, besonders der Banken, Vertretung der Gewerkschaften beim Abschluß von Handelsverträgen, Errichtung von Arbeiterkammern und Arbeitsgerichten, Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge usw. Der Verbandsvorstand verwies auch auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Stärkung des Verbandes und der Verbandstag ermächtigte ihn, im Bedarfsfälle die Beiträge zu erhöhen. Die gesamte Einnahmegerichtungen des Verbandstages.

Vom Internationalen Metallarbeiterverband in Komotau

J. E. Soeben berufenlich dieser, der Ehren Internationalen Metallarbeiterverband, der zur Hauptsache deutsche Metallarbeiter in der Tschechoslowakei umfaßt, seinen Jahresabschluss 1925. Der Abschluß zeigt die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die der Verband in Nord- und Nordwestböhmen durchzuführen hatte, wo annähernd 12 000 Metallarbeiter viele Wochen im Streik oder in der Aussperrung standen. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 3 235 000 Kronen, er mußte in der gleichen Zeit 3 415 000 Kronen an für Unterstütuungen ausgeben, darunter 1 812 000 Kronen für Strafen. Für Bildungszwecke wurden 326 229 Kronen verausgabt, darunter für das Fachblatt 231 008 Kronen. Der Verbandstag findet zu Pfingsten in Karlsbad statt.

Auswanderung der Facharbeiter nach den Vereinigten Staaten. Die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ist bekanntlich außerordentlich eingeschränkt. Wesentlich ist aber der Umstand, daß sich innerhalb der in den Vereinigten Staaten zugelassenen Einwanderung eine auffallend große Anzahl von Facharbeitern befindet. So sind von den 20 000 Auswanderern, die im Monat Februar nach den Vereinigten Staaten kamen, etwa ein Viertel Facharbeiter, während früher bekanntlich überwiegend ungelernete Arbeiter auswanderten. Drei Viertel dieser Auswanderer sind zwischen 16 und 44 Jahre alt, also im produktionsfähigen Alter, und auffallenderweise befinden sich unter ihnen dreimal soviele Männer als Frauen. Die deutschen Auswanderer stehen zahlenmäßig an der Spitze mit 3244 Auswanderern im Februar, mehr als die Zahl der Auswanderer aus England, Irland, Belgien, Frankreich, Dänemark und der Schweiz zusammengenommen. Durch das Abfließen von Facharbeitern verliert das Auswanderungsland wertvolle Arbeitskräfte, deren Ausbildung große Zeit- und Geldopfer gekostet hat. Somit bedeutet die Auswanderung von Facharbeitern auch einen empfindlichen Kapitalverlust für das Auswanderungsland.

Landwirtschaftliche Maschinen ersetzen 18 Millionen Bauarbeiten

Eine amerikanische Stelle für Wirtschaftsforschung, das National Industrial Conference Board, berichtet vor kurzem über die Wirkungen der Einführung von Maschinen in die Landwirtschaft. Die Arbeitsleistung hat sich in den Jahren 1910 bis 1920 um 22,5 vH erhöht, während gleichzeitig die Zahl der Landarbeiter sich um 9 vH vermindert hat. Auf den Kopf der Arbeiter entfiel im Jahre 1870 eine Produktion im Werte von 38 Dollar, 1920 dagegen erzeugte ein Landarbeiter Produkte im Werte von 264 Dollar. In dieser Zeit hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen dreizehnfach erhöht. Demzufolge die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten über 47 Millionen Pferdekräfte, mehr als die gesamte Industrie und die Kraftanlagen zusammengekommen. Dagegen wird Elektrizität in der Landwirtschaft noch verhältnismäßig wenig verwendet, nur von 1/4 Million unter den 6 1/2 Millionen Farmern. Uns Ergebnis stellt die genannte Stelle fest, daß die Landwirtschaft heute dank der Einführung der Maschine um 13 Millionen Arbeitskräfte weniger braucht, als sie ohne die Maschine nötig hätte.

Das Internationale Schienenkartell. Der Entwurf für das Internationale Schienenkartell ist nunmehr fertiggestellt. Mitglieder des Kartells sind bis jetzt Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Der Verteilungsschlüssel sieht folgende Anteile vor: Gruppe Deutschland-Frankreich 40 vH, Gruppe England-Amerika 40 vH, Gruppe Belgien-Luxemburg 20 vH. Weitere Länder sollen in diese Gruppen eintrigert werden. Vorläufig ist eine Preisstiege von 6 Pfund Sterling in Aussicht genommen.

